

II-10328 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



DER BUNDESMINISTER
 FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE
 DR. MARILIES FLEMMING
 zl. 70 0502/ 9 -Pr.2/90

9. März 1990
 1031 WIEN, DEN
 RADETZKYSTRASSE 2
 TELEFON (0222) 71 1 58
 DVR: 0441473

An den
 Herrn Präsidenten
 des Nationalrates

Parlament
 1017 Wien

47801AB

1990 -03- 14

zu 4838 IJ

Auf die Anfrage Nr. 4838/J der Abgeordneten Dr. Neidhart und Genossen vom 16. Jänner 1990, betreffend radioaktives Jod in der March, bühre ich mich folgendes mitzuteilen:

ad 1 bis 5:

Meinem Ressort sind zwar die Messungen des Ökologie-Institutes bekannt, doch liegen mir für die Erhärting der Vermutung, daß die gegenständliche Belastung der March auf eine Panne im Kernkraftwerk Dukovany zurückzuführen ist, keine Anhaltspunkte vor.

Nach Auskunft des für die Überwachung Österreichs bezüglich großräumiger Kontamination durch radioaktive Substanzen zuständigen Bundeskanzleramtes liegen einerseits die gemessenen Werte im üblichen Größenordnungsbereich und gab andererseits das vollautomatische Überwachungssystem zur Überwachung der Strahlensituation in Österreich im fraglichen Zeitpunkt keine Hinweise auf eine Unregelmäßigkeit im Kernkraftwerk Dukovany; auch liegen keine Informationen aus der Tschechoslowakei über eine ungeplante Abgabe von Radiojod aus dem Kernkraftwerk vor.

Nach Einschätzung des Bundeskanzleramtes dürfte der Einsatz von großen Mengen von Jod-131 in der Nuklearmedizin Ursache für die Belastung der March mit den in der Anfrage angesprochenen Meßwerten sein.

Im Rahmen meines Besuches in der Tschechoslowakei in der Zeit vom 13. Jänner bis 15. Jänner 1990 habe ich mit Ministerpräsident Calfa sowie mit dem Umweltminister Dr. Reichel und Energieminister Ing. Pinc das Übereinkommen erzielt, eine österreichisch-tschechoslowakische Kommission "Umweltschutz - Energiepolitik und wirtschaftliche Entwicklung" einzurichten. Diese Kommission soll aus Experten der Ökologie, Wirtschaft und Energiewirtschaft bestehen. Ziel der Arbeit dieser Kommission ist es, alle umweltrelevanten Aspekte von Energiefragen unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Kernenergie zu behandeln, wobei vor allem auch ein Ausstieg der CSR aus der Atomtechnologie umfassend behandelt werden soll.